

JANUAR '25 / N°1



GREENFO

MAGAZIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- › JA ZUR ATOMWAFFENVERBOTS-INITIATIVE 4
- › FAMILIENZEIT: DAVON PROFITIEREN ALLE 5
- › FRAUENRENTEN: UNSER EINSATZ VOR GERICHT UND DARÜBER HINAUS 7



AUCH DER PLANET
HAT GRENZEN!



AM 9.2. JA ZUR
UMWELTVER-
ANTWORTUNG!



▼ Am 24. November feierten wir den Sieg gegen die Megastrassen.

WIR HABEN ES GESCHAFFT! UND WIR WERDEN ES WIEDER SCHAFFEN

Letzten November haben wir einen entscheidenden Sieg errungen: Eine Mehrheit der Stimmbevölkerung sagte NEIN zum Ausbau der Megastrassen – und damit zu mehr Verkehr, mehr Lärm und weniger Sicherheit. Dieser historische Erfolg wurde nur dank einer eindrücklichen Mobilisierung möglich: Die Umweltverbände, die Landwirtschaft und unzählige Unterstützer*innen engagierten sich gemeinsam. Diese Mobilisierung ist eine starke politische Kraft für die grüne Bewegung und wird in dieser Referendumslegislatur wieder zum Einsatz kommen – und den Unterschied machen.

Das «Back to the 80's»-Programm des No-Future-Bundesrats – Armee, Atomkraft, Autobahnen – ignoriert die Bedürfnisse der Bevölkerung. Während

Milliarden ins Militär fliessen, wird beim Klimaschutz, dem öffentlichen Verkehr, den Kitas, der Bildung und der AHV gekürzt. Die nächste Mobilisierung steht bevor – gegen dieses Abbaupaket. Wir sind bereit für das Referendum!

Wir brauchen eine Zukunftsvision – eine Vision mit echten Antworten auf die grossen Herausforderungen unserer Zeit, angefangen beim Schutz des Klimas, der gerechten Vermögensverteilung und dem demografischen Wandel. Dafür stehen wir GRÜNE.

Wir haben keine drei Jahre Zeit, um auf die nationalen Wahlen zu warten – Veränderung muss jetzt geschehen. Dank der direkten Demokratie werden wir nicht nur verhindern, sondern auch mitgestalten, mitaufbauen.

Mit unserer Solar-Initiative garantieren wir die Energiewende im Einklang mit der Natur. Und mit unserer Familienzeit-Initiative überwinden wir die patriarchale Arbeitsteilung in den Familien. Geht man als modernes, gleichstelltes Paar für die Geburt ins Spital, kehrt man als traditionelles Paar zurück. Das muss sich ändern. Dank einer breiten Allianz bieten wir den Familien schnell Perspektiven. Das kommt Müttern, Vätern, Kindern und der ganzen Gesellschaft zugute.

2025 verspricht spannend zu werden. Ich wünsche Ihnen ein gutes neues Jahr – voll mit grünem Engagement!

Lisa Mazzone
Präsidentin GRÜNE Schweiz
 lisazzone

Impressum

Greenfo – Magazin der GRÜNEN Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
Auflage: 8800 Exemplare
Redaktion: Marjorie Spart, Giulia Schneitter
Übersetzung: Giulia Schneitter
Layout: Tom Wahl
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: Jean-Marc Morzuch (S.1), Keystone (S.1),
AdobeStock (S.1), MidJourney (S.1), Beatrice Devènes (S.5), Monika Flueckiger, (S. 4, 7)
Depositphoto (S.5), Grüne Schweiz (S.2, 6, 7, 8), zur Verfügung gestellt (S.3, 4, 6)

Erscheint vierteljährlich
Jahresabonnement: CHF 20 (für Mitglieder im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
Unterstützen Sie die GRÜNEN mit Ihrer Spende: IBAN CH02 0900 0000 8002 6747 3 oder www.gruene.ch/spenden

AVANTI AVANTI!

Im letzten Jahr haben wir unsere Mobilisierungsapp Avanti Verdi weiterentwickelt. Dank der Plattform bleiben Sie über alle Aktivitäten der GRÜNEN auf dem Laufenden. Neu ist ausserdem ersichtlich, was wir gemeinsam geschafft haben (z.B. 500 Postkarten für die Umweltverantwortungsinitiative geschrieben). Registrieren Sie sich noch heute auf avanti-verdi.ch und engagieren Sie sich für die GRÜNEN, wo auch immer Sie gerade sind.
avanti-verdi.ch





Abstimmung

PLANETARE GRENZEN RESPEKTIEREN DANK DER UMWELTVERANTWORTUNGSINITIATIVE

Am 9. Februar wird in der Schweiz über die Umweltverantwortungsinitiative abgestimmt. Diese fordert eine Selbstverständlichkeit: Sie will die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit erhalten. Die Initiative der Jungen Grünen stellt das Wohlergehen und die Gesundheit der Menschen ins Zentrum und macht klare Vorgaben für Wirtschaft und Gesellschaft: Die planetaren Grenzen müssen eingehalten werden. Dank dieser Initiative nehmen wir unsere Verantwortung in ganz vielen Bereichen wahr.

KREISLAUFWIRTSCHAFT

Wir ersetzen die Wegwerfmentalität durch Kreislaufwirtschaft, welche langlebige, wiederverwendbare und recycelbare Produkte fördert. Lokale und geschlossene Materialkreisläufe tragen dazu bei, dass weniger zusätzliche Ressourcen benötigt werden.

ENERGIEWENDE

Wir reduzieren die CO₂-Emissionen dank dem Ausbau der Erneuerbaren. Fossile Energien gehören der Vergangenheit an! Stattdessen setzen wir auf Wind, Sonne, Wasserkraft und Geothermie. Energiegenossenschaften fördern den Ausbau erneuerbarer Energien und ermöglichen der Bevölkerung den direkten Zugang zu einer lokalen Versorgung mit sauberer Energie.

SUFFIZIENZPOLITIK

Wir reduzieren den Ressourcenverbrauch dank einer Suffizienzpolitik. Dazu gehören gemeinsame Verhaltensänderungen wie die Förderung des öffentlichen Verkehrs oder – wie in Genf – die Einschränkung von Werbung im öffentlichen Raum.

NACHHALTIGE ERNÄHRUNG

Wir fördern die lokale Produktion von pflanzlichen Proteinen und damit eine nachhaltige und gesunde Ernährung. Durch diesen Systemwechsel werden die negativen Umweltauswirkungen der Agrar- und Lebensmittelindustrie deutlich reduziert. Zudem muss die Lebensmittelverschwendungen drastisch reduziert werden.

STÄDTE NEU DENKEN

Wir setzen auf nachhaltige Städte und Quartiere, in denen Fußgänger*innen und Velofahrende Vorrang haben, während der motorisierte Verkehr reduziert wird. Lärm und Luftverschmutzung werden minimiert. Grüne Zonen vermindern Hitzeinseln und verbessern die Lebensqualität.



Magdalena Erni
Co-Präsidentin
Junge Grüne Schweiz
 jungegruene_ch

Die planetaren Grenzen definieren die Limiten, innerhalb derer Menschen Ressourcen nutzen können, um gleichzeitig ein stabiles und sicheres Ökosystem zu bewahren. Werden sie überschritten, gerät das planetare Gleichgewicht unwiderruflich aus den Fugen. Es gibt neun planetare Grenzen in den Bereichen Klima, Artensterben, Abholzung und Verschmutzung von Luft, Wasser und Böden. <https://www.umweltverantwortung.ch/>





NUKLEARE ABRÜSTUNG JETZT ERST RECHT!

Atomwaffen schaffen keine Sicherheit, sondern sind eine der grössten Bedrohungen für Mensch und Umwelt. Sie erhöhen das Risiko von Eskalationen und Katastrophen. Der einzige Weg, diese Gefahr dauerhaft zu bannen, ist ein internationales Verbot auf Basis des Völkerrechts.

Mit dem Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) haben die Vereinten Nationen eine klare Antwort auf die nukleare Bedrohung geschaffen. Der Vertrag baut auf jahrzehntelangen Bemühungen zur nuklearen Rüstungskontrolle auf. Er verbietet Entwicklung, Besitz, Einsatz und Drohungen mit Atomwaffen und legt damit die Grundlage für eine atomwaffenfreie Welt. Über 90 Staaten haben den Vertrag bereits unterzeichnet, darunter militärisch neutrale Länder wie Österreich und Irland. Die Schweiz, mit ihrer starken humanitären Tradition, sollte hier keine Ausnahme sein. Ein Beitritt würde unsere Glaubwürdigkeit als

Verfechterin des Völkerrechts stärken und ein klares Zeichen gegen die nukleare Aufrüstung setzen. Sich für Abrüstung einzusetzen, ist weder idealistisch noch naiv, sondern pragmatisch und zielführend. Internationale Verträge haben längst bewiesen, wie sie zur Sicherheit beitragen können: Chemische und biologische Waffen wurden erfolgreich geächtet und abgerüstet. Der Bundesrat verweigert trotz parlamentarischem Auftrag den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Es ist ein Bruch mit der bisherigen Abrüstungs- und Friedenspolitik der Schweiz. Die Atomwaffenverbotsinitiative fordert

die Unterzeichnung des Vertrags. Während die Welt aufrüstet, muss die Schweiz erst recht Stellung beziehen für den Frieden, eine sicherere Welt und die humanitären Werte. Das ist, was unser Land auszeichnet. Unterschreiben Sie jetzt die Initiative! Der Unterschriftenbogen liegt diesem Greenfo bei.



Marionna Schlatter
Nationalrätin ZH
 marionnaschlatter

JACQUES DUBOCHETS ENGAGEMENT GEGEN ATOMWAFFEN

Zahlreiche Persönlichkeiten unterstützen die Atomwaffenverbots-Initiative – darunter auch Jacques Dubochet.

Der renommierte Professor der ETH Lausanne ist Nobelpreisträger für Chemie und ein leidenschaftlicher Verfechter des Klimaschutzes. Auf die Frage, was ihn motiviert, sich gegen Atomwaffen zu engagieren, hat er eine einfache Antwort: «Weil es eine Selbstverständlichkeit ist!» Ebenso selbstverständlich sollte der Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) sein. Dubochet zeigt sich enttäuscht über das Nicht-Handeln des Bundesrats: «Warum drängt Bundesrat Ignazio Cassis unser Land nicht dazu, den Vertrag zu unterzeichnen? Ich verstehe es nicht. Ist es Trägheit, Feigheit oder Dummheit? Jedenfalls handelt es sich um einen unverantwortlichen Bundesrat.»

Für den Waadtländer Chemiker stellt der Einsatz von Nuklearwaffen durch eine Atommacht eine reale Bedrohung dar. «Ob die Gefahr gross oder klein ist, weiss ich nicht. Aber sollte es zu diesem Extremereignis kommen, wären die Folgen katastrophal, genauso wie es Jacques Diezi (1986) in «L'après-guerre nucléaire» [Die Zeit nach dem Atomkrieg] oder Annie Jacobsen (2024) in «Nuclear War» [Atomkrieg] geschildert haben», betont er. Tatsache ist, dass ein Atomkrieg Milliarden Menschenleben auslöschen und das Ende der Zivilisation, wie wir sie heute kennen, herbeiführen würde. «Wissenschaft vermittelt Wissen und Kompetenzen, doch die Konsequenzen von diesen Weiterentwicklungen werden nicht genug beachtet», sagt Dubochet. Dies sei zum Beispiel der Fall beim Atomwetrüsten oder der unkontrollierten Entwicklung der künstlichen Intelligenz. «Wir müssen die Dinge wieder selbst in die Hand nehmen», schlussfolgert er.



WIR LANCIEREN DIE FAMILIENZEIT-INITIATIVE

Der heutige Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub ist zu knapp und zu einseitig verteilt. Es braucht eine faire, gleich lange Familienzeit für beide Elternteile, denn Elternschaft ist eine gemeinsame Verantwortung.

Der berufliche Wiedereinstieg nach der Geburt eines Kindes gestaltet sich in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern Europas schwer. Genau das habe ich vor 20 Jahren, bei der Geburt meines zweiten Sohnes, erlebt: Als Sekundarlehrerin und als Kantonsrätin konnte ich meine Arbeit nur wieder aufnehmen, weil mein selbstständig erwerbender Partner, meine Eltern und Schwiegereltern einen Teil der Kinderbetreuung übernehmen konnten.

Zwei Jahrzehnte später stelle ich ernüchtert fest: Es gab in wenigen Regionen punktuelle Verbesserungen, aber flächendeckende Lösungen fehlen in der Schweiz. Kita- und Tagesschulangebote sind vielerorts rar, und die hohen Betreuungskosten von bis zu 130 Franken pro Tag wirken abschreckend. Familien fragen sich, ob es sich finanziell überhaupt lohnt, dass beide Eltern arbeiten. Das ist eine schlechte Ausgangslage für die Gleichstellung der Geschlechter in der Schweiz. Die heutige Gesetzgebung fördert nach wie vor traditionelle Rollenbilder und wird der gesellschaftlichen Realität und der Gleichstellung der Geschlechter nicht gerecht. Der Bund vermeidet ambitionierte Ziele und schiebt die

Verantwortung auf die Kantone. Der Bund ist aber verpflichtet, dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen.

Eine breite Allianz aus GRÜNEN, Grünliberalen, Mitte-Frauen, Alliance F und dem Gewerkschafts-Dachverband Travail.Suisse hat eine zukunftsgerichtete, nationale Lösung präsentiert: die Familienzeit-Initiative. Diese sieht für beide Elternteile eine Familienzeit von je 18 Wochen vor. Die Familienzeit ist paritätisch, nicht übertragbar und verfällt bei Nichtbezug. Die Entschädigung steigt für die niedrigsten Löhne auf 100% des Erwerbsausfalls – eine grosse Verbesserung im Vergleich zu heute. Viele Eltern, vor allem Väter, beziehen ihre Vaterschaftszeit aktuell nicht, weil sie sich den Lohnausfall bei nur 80 % Entschädigung nicht leisten können.

Zudem: Eine paritätische Elternzeit erweist sich aus der Forschung und aus den Erfahrungswerten anderer Länder als besonders wirkungsvoll, um die Arbeitsmarktpartizipation zu erhöhen und die Care-Arbeit der Elternteile gleichmässiger zu verteilen. Kommt den Vätern eine frühe Beteiligung an der Betreuung der Kinder zu, wird das Kindeswohl gestärkt.

Hier setzt die Familienzeit-Initiative an und schafft gleich lange Spiesse für beide Elternteile, auch für gleichgeschlechtliche Paare. Die Care-Arbeit in der Familie soll gerecht auf beide Elternteile verteilt sein. So sollen zukünftig weder Väter noch Mütter einen Nachteil auf dem Arbeitsmarkt erfahren.

Ich freue mich, dass der Diskurs über die Familienzeit-Initiative lanciert ist. Sie bringt jungen Menschen neue Perspektiven und ermöglicht zeitgemässe, chancengerechte Lebensformen im Familienalltag.



Florence Brenzikofner
Nationalrätin BL
 florencebrenzikofner

EIN ERFOLGREICHER SOMMET DU CHANGEMENT

Über 300 Personen aus der ganzen Schweiz haben im November am ersten Sommet du changement in Biel teilgenommen.

Eine bessere Zukunft entwerfen, frei von Wachstumszwängen – das hat über 300 Personen dazu bewegt, sich in Biel zu treffen. Der Sommet bot die Möglichkeit, Vorträge zu hören, unter anderem des Soziologen Nikolaj Schultz. Im Zentrum der Veranstaltung standen jedoch die Workshops zum Thema Postwachstum und der Austausch hoffnungsvoller Ideen. Diese Ideen werden das Handeln der GRÜNEN weiter prägen. Wir freuen uns bereits auf die nächste Ausgabe Ende 2025!

◀ Impressionen des Sommets im Video auf Instagram.



«DAS ERBE UNSERER ELTERN IST LAST UND PRIVILEG ZUGLEICH»

Was heisst es, das Erbe naturnaher Landwirt*innen anzutreten? Diese Frage stellt der Dokumentarfilm «Wir Erben» ins Zentrum. Es handelt sich um eine persönliche Auseinandersetzung des Berner Regisseurs Simon Baumann. Der Film wurde letztes Jahr am Locarno Film Festival ausgezeichnet. Ende Januar feiert er Premiere in den Deutschschweizer Kinos.

Simon Baumann stammt aus einer politisch engagierten Familie: Seine Eltern waren in den 90er-Jahren beide Mitglieder des Nationalrats. Ruedi für die GRÜNEN. Stephanie für die SP. Und die beiden teilten eine gemeinsame Vision: eine ökologische und nachhaltige Welt, in der soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung selbstverständlich sind. Diese Werte haben sie ihren beiden Söhnen Simon und Kilian (Nationalrat GRÜNE BE) weitergegeben. Die beiden sollen nun den Biohof, den Ruedi und Stephanie in Südfrankreich bewirtschaften,

erben. Vor diesem Hintergrund beleuchtet Simon in seinem Dokumentarfilm die generationenübergreifenden Diskussionen der Familie über das Privileg und die Last des Erbens. Der Film zeigt Widersprüche auf, die viele Menschen in sich tragen.

Erbschaften verschärfen die wirtschaftliche Ungleichheit, sie sind sogar einer ihrer wichtigsten Treiber. Kann man sich für eine gerechte Welt einsetzen und gleichzeitig das eigene Land seinen Kindern weitergeben?

Haben Kinder das Recht, ein Erbe auszuschlagen – selbst, wenn sie damit die Erwartungen der Eltern nicht erfüllen, sie enttäuschen und sich von deren Idealen distanzieren?

«Wir Erben» bietet eine tiefgründige und hochaktuelle Auseinandersetzung über das Thema Erben und seiner Bedeutung zwischen den Generationen. Ab dem 30. Januar im Kino zu sehen.

Marjorie Spart



AHV21: BITTERES URTEIL FÜR DIE FRAUEN

Das Bundesgericht erklärte die AHV21-Abstimmung für gültig. Ein bitteres Urteil für die Frauen: Ihr Rentenalter wird um ein Jahr angehoben, während ihre Renten weiterhin ein Drittel tiefer als die der Männer ausfallen.

Weil die Bevölkerung nicht auf der Grundlage verlässlicher Zahlen und Fakten über die AHV21 abstimmen konnte, haben wir eine Abstimmungsbeschwerde eingereicht. Das Bundesgericht hat im Dezember entschieden. Wie Tausende Frauen in der Schweiz bin auch ich zutiefst enttäuscht über das Urteil des Bundesgerichts.

Der Bundesrat wurde zwar für seine intransparente Kommunikation kritisiert und zwei Richterinnen stellten fest, dass die falschen Zahlen das Abstimmungsergebnis durchaus beeinflusst haben könnten. Doch das Gericht entschied, die Abstimmung

nicht zu annullieren – mit der Begründung, dass ein Teil der Reform (die Erhöhung der Mehrwertsteuer) bereits in Kraft sei und eine Annulierung «kompliziert» wäre.

Dass wir uns nicht entmutigen lassen, ist klar: Am 12. Dezember versammelten sich zahlreiche Unterstützer*innen in Lausanne vor dem Gericht. Und unser Engagement endet nicht mit diesem Urteil. Noch am selben Tag brachte unsere grüne Nationalrätin Manuela Weichelt (ZG) im Parlament eine Forderung ein, die eine höhere Entschädigung für Frauen der Übergangsgeneration verlangt.

Gleichzeitig braucht die Schweiz dringend eine umfassende Reform, damit Frauen die gleichen Renten wie Männer erhalten. Deshalb fordern wir eine weitere Stärkung der AHV, die Einführung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften für die unbezahlte Care-Arbeit und die konsequente Durchsetzung der Lohngleichheit dank Sanktionen.



Katharina Prelicz-Huber
Nationalrätin ZH
Beschwerdeführerin AHV21
 [kpreliczhuber](#)

SCHWEIZER FINANZPLATZ AUF KLIMAKURS BRINGEN

Der Schweizer Finanzplatz ist weltweit für das 18-fache des gesamten inländischen CO2-Ausstosses der Schweiz verantwortlich. Mit der Finanzplatzinitiative bringen wir die Finanzbranche endlich auf Klima- und Biodiversitätskurs.

Die Schweiz zählt zu den führenden Finanzplätzen weltweit und trägt damit eine besondere Verantwortung, die Finanzbranche nachhaltiger zu gestalten. Nachhaltige Lösungen für Klima- und Naturschutz sind vorhanden – es mangelt an geeigneten finanziellen Anreizen und der konsequenten Umsetzung bei der Finanzierung.

Das Pariser Klimaabkommen von 2015 hebt die Ausrichtung der Finanzflüsse als zentralen Erfolgsfaktor hervor. Bereits vor über vier Jahren hatte die Schweizer Finanzbranche mit Unterstützung des Bundesrates angekündigt, eine internationale Vorreiterrolle im Bereich nachhaltiger Finanzdienstleistungen einzunehmen.

Im Gegensatz dazu betont der Branchenverband – die Bankiervereinigung – inzwischen, die Verantwortung der Finanzinstitute beschränke sich auf die Aufklärung über die Klimawirkung ihrer Produkte, nicht auf das Erreichen der Klimaziele.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass sich die Finanzbranche zu einer verbindlichen Selbstregulierung verpflichtet. Doch durch das Lobbying der Bankiervereinigung wurde unsere Motion abgelehnt. Damit hat die Branche die Chance vertan, eigenständig Verbindlichkeit zu schaffen. Es ist zu erwarten, dass sie bei der Biodiversität, die erst allmählich ins öffentliche Bewusstsein rückt, ähnlich agieren wird.

Es braucht jetzt einen klaren Richtungsentscheid und verbindliche Vorgaben durch die Stimmbevölkerung – deshalb die Finanzplatzinitiative. Schliesslich betonte Bundesrat Rösti an der Klimakonferenz in Baku die Bedeutung privater Finanzmittel im Klimaschutz. Sorgen wir mit der Initiative dafür, dass dies kein Lippenbekenntnis bleibt, sondern dass der Schweizer Finanzmarkt endlich seine internationale Verantwortung wahrnimmt.



Franziska Ryser
Nationalrätin SG
 [franziskaryser](#)



ES GRÜNT IN CHUR UND GANZ GRAUBÜNDEN

Am 9. Juni erlebten wir einen historischen Moment: Simon Gredig wurde als erster GRÜNER in den Churer Stadtrat gewählt. Und das im ersten Wahlgang mit dem zweitbesten Resultat aller Kandidierenden.

Für diesen Wahlerfolg haben wir hart gearbeitet. Aber die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt: Seit dem 1. Januar 2025 bin ich Vorsteher des Departements Bau, Planung, Umwelt. Ich freue mich, dort die Themen voranzutreiben, die mir persönlich und politisch am Herzen liegen.

Dass ich als erster GRÜNER und jüngster Stadtrat in Churs Geschichte mein Amt antreten darf, war auf meinem bisherigen Lebensweg nicht absehbar. Ich habe mich zwar schon immer für Politik interessiert, mich aber nie in einer Jungpartei engagiert. Erst 2015, nach den frustrierenden Nationalratswahlen, bin ich einer Partei beigetreten – der SP! Die GRÜNEN waren damals in Graubünden praktisch unsichtbar. Zurück in Zürich bin ich aber bald wieder ausgetreten. Mitglied sein, ohne sich zu engagieren, das war nichts für mich.

Durch Zufall landete ich 2020 wieder in Graubünden, wo ich vier Jahre als Geschäftsführer von Pro Velo Graubünden arbeitete. Als Umweltwissenschaftler und Velofan

hatte ich damit meinen absoluten Traumjob gefunden. Ich merkte aber bald, dass Verbandsarbeit besonders wirkungsvoll ist, wenn sie den nötigen politischen Rückhalt hat. Entsprechend gross war mein Interesse, als mich meine Bürokollegin und grüne Kantonalpräsidentin Anita Mazzetta anfragte, ob ich für die Grossratswahlen 2022 kandidieren wolle.

Dank einem engagierten Wahlkampf wurden Anita Mazzetta und ich als erste GRÜNE in den Bündner Grossen Rat gewählt. Und nach der Wahl ist vor der Wahl! Kurz darauf standen wir nämlich vor der Frage: Was machen wir bei den Stadtratswahlen 2024 in Chur?

Eine kurze Analyse der Ausgangslage machte uns klar: Die Chancen für uns GRÜNE, gegen zwei Bisherige von SP und Mitte in die dreiköpfige Regierung einer bürgerlichen Stadt gewählt zu werden, sind klein. Trotzdem haben wir es gewagt. Und nach 9 Monaten Wahlkampf, 50'000 Franken gesammelten Privatspenden, zahlreichen Veranstaltungen und der persönlichen Unterstützung von Aline

Trede und Lisa Mazzone war klar: Es hat geklappt!

Durch einige altersbedingte Wechsel in der Leitung meines zukünftigen Departements habe ich die Möglichkeit, mit einem verjüngten Team in meine neue Aufgabe zu starten. Das hilft mir, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Denn die Stadt Chur hat sich in den letzten Jahren nicht gerade den Ruf erworben, in Planungs-, Bau- und Umweltfragen besonders fortschrittlich zu agieren. Während ich im Verkehrsbereich durch meine Tätigkeit bei Pro Velo genau weiß, was ich ändern möchte, muss ich mich in andere Bereiche meines künftigen Departements noch einarbeiten. Mit meinem tollen Team und der grossen Unterstützung aus der Zivilgesellschaft bin ich mir sicher, dass ich einen Beitrag für ein grüneres, lebendigeres und spannenderes Chur leisten kann.

Simon Gredig
Stadtrat (Chur) und Grossrat Graubünden
 simon.gredig

WIR SIND GRÜN!

In dieser Rubrik wird in jeder Greenfo-Ausgabe eine engagierte Person aus dem Umfeld der GRÜNEN ins Zentrum gerückt. Wir zeigen die zahlreichen vielfältigen und engagierten Gesichter der grünen Bewegung.